

---

**Für Sie in Berlin!**

**Markus Grübel MdB berichtet  
aus dem Deutschen Bundestag**



---

### **Themen der Woche**

---

- 1. Verbesserung der Hospiz- und Palliativversorgung**
- 2. Wichtige Entscheidung für Kommunen!**
- 3. Ausschreitungen in Frankfurt**
- 4. Debatte zur Vorratsdatenspeicherung**

#### **1. Verbesserung der Hospiz- und Palliativversorgung**

Seit letztem Mittwoch liegt ein Gesetzentwurf des Gesundheitsministeriums zur Verbesserung der Hospiz- und Palliativversorgung in Deutschland vor. Für sterbenskranke Menschen in unserer Gesellschaft ist dieses Gesetz von besonderer Notwendigkeit!

Für mich persönlich ist es eines der wichtigsten legislativen Maßnahmen in dieser Wahlperiode. Als Vorsitzender des Gesprächskreises Hospiz spreche ich mit vielen Menschen aus der Praxis und bekomme leider immer wieder zu hören, dass „der Schuh noch an vielen Stellen drückt“. Insbesondere im ländlichen Raum gibt es Probleme bei der Versorgung. Auch

kennen viele Menschen die Angebote der Hospiz- und Palliativversorgung nicht. Eine Bevölkerungsumfrage des Deutschen Hospiz- und Palliativverbandes fand heraus, dass 78% der Befragten nicht wussten, dass die Versorgung in einem Hospiz kostenlos ist!

Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf wollen wir an diesen beiden Punkten - der Versorgungslücke in bestimmten Regionen und dem Informationsdefizit - ansetzen: Die Zahl der ambulanten Hilfsdienste soll steigen, Hospize sollen mehr Geld erhalten. und das Beratungsangebot soll ausgebaut werden. Ziel ist, langfristig eine flächendeckende Hospiz- und Palliativversorgung in Deutschland zu erreichen!

## **2. Wichtige Entscheidung für Kommunen!**

In meinem letzten Infobrief hatte ich bereits auf die Einigung der Koalition zur Unterstützung der Kommunen hingewiesen! Diese Einigung wurde jetzt im Bundeskabinett beschlossen. In seiner Sitzung am Mittwoch hat das Kabinett den Nachtragshaushalt 2015 sowie das Gesetz zur Förderung von Investitionen finanzschwacher Kommunen und zur Entlastung von Ländern und Kommunen bei der Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern beschlossen.

Von den 15 Milliarden Euro, die der Bund in den kommenden Jahren für Investitionen bereitstellen wird, werden über 8,7 Milliarden Euro direkt oder indirekt bei den Kommunen ankommen. Die Kommunen profitieren nicht nur von den 5 Milliarden Euro zur Stärkung ihrer Investitionskraft, sondern auch zu über 50 Prozent von den weiteren sieben Milliarden Euro, die über verschiedene Programme bei den Kommunen ankommen werden. Besonders hervorzuheben sind die 1,1 Milliarden Euro, die aus dem Etat des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur in den Breitbandausbau fließen.

Meine Meinung: Die Kommunen sind die Gewinner des Investitionsprogramms und für alle Kommunen, ob schwächer oder stärker, bietet es Vorteile!

## **3. Ausschreitungen in Frankfurt**

Die Bilder aus Frankfurt am vergangenen Mittwoch haben mich sehr schockiert! Die Gewalt und menschenverachtende Brutalität, die sich gegen unsere Sicherheitskräfte richteten, haben bei den Protesten ein schlimmes Ausmaß genommen. Etwa 150 Polizisten wurden verletzt und die Stadt hat einen Millionenschaden zu verzeichnen.

In einer vereinbarten Debatte haben wir uns mit den Vorkommnissen in Frankfurt auseinandergesetzt und alle Fraktionen haben die Proteste offiziell verurteilt. Leider ließen einige Abgeordnete der Linkspartei auch Verständnis erkennen oder verharmlosten die Ausschreitungen. Diese Haltung ist meiner Meinung nach nicht zu verantworten!

In der Debatte haben wir uns mit der Frage beschäftigt, welche Lehren aus den Krawallen in Frankfurt zu ziehen sind. Das Ausmaß der Gewalt muss ernst genommen werden und auch der Schutz unserer Sicherheitskräfte, denen mein Dank und meine Anerkennung gelten, müssen wir sicherstellen! Der Vorsitzende der baden-württembergischen Landesgruppe im Bundestag, mein Kollege Thomas Strobl, hat daher eine Initiative zum besseren Schutz der Polizei angestoßen.

#### 4. Debatte zur Vorratsdatenspeicherung

Heftig diskutiert wurde in dieser Woche auch über die umstrittene Vorratsdatenspeicherung. Grünen-Fraktionsvorsitzende Katrin Göring-Eckardt attackierte vor allem die Sozialdemokraten. *„Wie sehr müssen die Umfragewerte eigentlich schmerzen, dass Sie glauben, sie mit der Vorratsdatenspeicherung lindern zu können?“*, fragte Göring-Eckardt. Die SPD sei *„an einem Wochenende umgekippt“*, sagte die Grünen-Abgeordnete.

Hintergrund waren die jüngsten Äußerungen des SPD-Vorsitzenden und Bundeswirtschaftsministers Sigmar Gabriel. Gabriel hatte gegenüber dem Deutschlandfunk erklärt, dass die Vorratsdatenspeicherung notwendig sei. Bis dato hatten sich die Sozialdemokraten – im Gegensatz zu uns – eher zurückhaltend bei dem Vorhaben gezeigt.

Innerhalb der Debatte hat dann unser Landesgruppenvorsitzende Thomas Strobl, einige „Falschinformationen“ aufklären können. So sei schon der Titel der von den Grünen beantragten Aktuellen Stunde falsch, da hier von einem nationalen Alleingang gesprochen werde. Fakt ist aber, dass mehr als 20 EU-Staaten eine Regelung zur Vorratsdatenspeicherung haben und diese auch in Deutschland nötig ist.

Die Vorratsdatenspeicherung ist ein von Sicherheitsbehörden gefordertes Instrument zur Aufklärung schwerer Straftaten, etwa im Bereich des Terrorismus oder der Kinderpornografie.

Es ist klar, dass sie kein Allheilmittel ist. Das haben zuletzt die Anschläge in Paris gezeigt. Aber sie ist ein Mittel, dass die Arbeit der Sicherheitsbehörden erleichtert. Die Anschläge in Paris konnten zwar nicht verhindert werden, aber die gespeicherten Daten halfen im Nachgang dabei, das Umfeld der Täter aufzuklären und so möglicherweise weitere Anschläge zu verhindern. Die Opposition spricht gerne von Totalüberwachung und übersieht dabei, dass keine Inhalte, sondern lediglich Verbindungsdaten gespeichert werden sollen